

Beschluss des Landtages Brandenburg

**Das „Europäische Jahr der Entwicklung 2015“ -
Auch in Brandenburg zur Entwicklungspolitik informieren,
das Bewusstsein stärken und zum Mitgestalten anregen**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 7. Sitzung am 22. Januar 2015 zum TOP 11 folgenden Beschluss gefasst:

**„Das ‚Europäische Jahr der Entwicklung 2015‘
in Brandenburg mitgestalten und das Bewusstsein
für die Eine Welt stärken**

Brandenburg ist sich seiner Verantwortung für die Eine Welt bewusst und hat in der Vergangenheit die entwicklungspolitischen Akteure in Brandenburg durch vielfältige Maßnahmen unterstützt. Seit 2009 haben der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung und den entwicklungspolitischen Initiativen, Verbänden und Vereinen sich für nachhaltige Entwicklungspolitik in Brandenburg eingesetzt. Hervorzuheben sind in dieser Hinsicht beispielhaft die entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung 2012 als ressortübergreifendes Querschnittskonzept, die Wiedereinstellung des Haushaltstitels, der konstruktive Austausch mit den Akteuren im Rahmen des ‚Round Table Entwicklungspolitik‘ sowie das große zivilgesellschaftliche Engagement und der Erfolg der ‚Brandenburger entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage (BREBIT)‘. Auch das Handlungskonzept der Landesregierung für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, das ‚Tolerante Brandenburg‘, ist in diesem Zusammenhang zu nennen.

Brandenburg ist bei der Entwicklungspolitik auf dem richtigen Weg. Das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 bietet die Chance, dass die Bürgerinnen und Bürger noch mehr über die Entwicklungszusammenarbeit in Europa und in den Mitgliedsstaaten erfahren und ihr Interesse und Bewusstsein dafür gestärkt wird. Daher begrüßt der Landtag Brandenburg die Initiative für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015. Er sieht in der Initiative die Möglichkeit, in Brandenburg intensiver und gezielter über Entwicklungspolitik der Europäischen Union und der Mitgliedsstaaten zu informieren.

Für eine erfolgreiche Umsetzung des Europäischen Jahres auf nationaler Ebene unter dem Motto ‚Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft‘ ist die Beteiligung aller relevanten Akteure wichtig. Die Länder tragen die Verantwortung, die Querverbindungen zwischen regionaler und internationaler Politik den Bürgerinnen und Bürgern überzeugend darzustellen und den Zusammenhang zu erklären. Der Landtag begrüßt dabei das Engagement aller Akteure in Brandenburg, die sich für das Gelingen des Europäischen Jahres der Entwicklung in Brandenburg einsetzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich weiterhin ressortübergreifend und unter Einbeziehung des Landtages und der Brandenburger entwicklungspolitischen Akteure in die Vorbereitung und Umsetzung des Europäischen Jahres der Entwicklung 2015 einzubringen.

Dabei soll sie die Umsetzung des Nationalen Arbeitsprogrammes des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützen und sich in den geplanten, dezentral stattfindenden ‚Bürgerdialogen‘ sowie in die Auftakt- und Abschlussveranstaltungen einbringen.

Ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten in Brandenburg sollte die BRE-BIT 2015 sein;

2. als Beitrag zum Europäischen Jahr Aktionen gemeinsam mit den Initiativen des Verbunds Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e. V. sowie weiterer Strukturen wie etwa der Europe Direct Informationszentren zu koordinieren und zu unterstützen;
3. sicherzustellen, dass die Erfahrungen der Brandenburger Entwicklungspolitik in die Initiativen zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 mit einfließen und die Auseinandersetzung mit der Entwicklungspolitik der Europäischen Union verstetigt wird;
4. im Rahmen des Europäischen Jahres auch die Aspekte Weltoffenheit, Toleranz, Willkommenskultur, Aktivitäten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit sowie Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung erkennbar zu berücksichtigen sowie zu prüfen, inwieweit dabei auch gemeinsame Aktivitäten in den Grenzregionen mit den polnischen Nachbarn umgesetzt werden können;
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bund seiner Verantwortung für die internationale Entwicklungszusammenarbeit gerecht wird und eine angemessene finanzielle Grundlage für die konkrete Umsetzung des Europäischen Jahres 2015 in Deutschland leistet.“

Britta Stark
Die Präsidentin